



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.:

BV/VII/0284

Beschlussdatum:

Beschluss-Nr.:

Gegenstand:

Aufnahme bedrohter afghanischer Flüchtender in Neubrandenburg
möglich machen!

Behandlung:

öffentlich

Einreicher:

Fraktion der SPD

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Stadtvertretung	02.09.2021					

Neubrandenburg, 23.08.2021

gez. Michael Stieber
Vorsitzender der Fraktion SPD

Beschlussvorschlag:

Die Stadtvertretung Neubrandenburg beschließt:

Die Neubrandenburger Stadtvertretung bietet mit Beschluss 673/37/19 vom 07.02.2019 Unterstützung zur Aufnahme der im Mittelmeer geretteten Flüchtenden an. Dieses Angebot wird hiermit um die Aufnahme von Menschen aus Afghanistan erweitert, die sich aktuell wegen der Machtübernahme der Taliban in ihrem Land in einer Verfolgungslage befinden und fliehen müssen – bspw. Ortskräfte, Frauenrechtler*innen, Journalist*innen sowie deren Familien.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und den Landrat des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte unverzüglich über die Bereitschaft der Stadt zur derart erweiterten Unterstützung bei notwendigen humanitären Hilfen zu informieren.

Finanzielle Auswirkungen:

x nein

Klimarelevanz:

Auswirkungen auf den Klimaschutz ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

*Erläuterung:

Begründung:

Der Antrag ist begründet in der aktuellen Entwicklung in Afghanistan, wo es den radikalislamistischen Taliban durch militärische Gewalt gelungen ist, in kürzester Zeit die Macht an sich zu reißen.

Die Erfahrungen mit den Taliban aus ihrer früheren Herrschaftszeit einerseits und die aktuelle Bedrohung der für Deutschland und ihre Verbündeten im Afghanistan-Einsatz tätig gewesenen Menschen (Ortskräfte) andererseits lassen ein erhöhtes Aufkommen von Geflüchteten aus diesem Land erwarten. Diese akute Notsituation kann mit der aus Seenot auf dem Mittelmeer geretteten Menschen verglichen werden. Daher ist es erforderlich und sinnvoll, die Bereitschaft zur Aufnahme auf diesen Personenkreis auszudehnen.

In den letzten Jahren haben die Einwohner*innen dieser Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Mecklenburg-Vorpommern ist verpflichtet, einen Anteil der nach Deutschland kommenden Asylbewerber aufzunehmen. Neubrandenburg wiederum muss hierbei entsprechend anteilig mitwirken.

Wenn sich aus der aktuellen Lage die Situation ergeben sollte, dass eine Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan darüber hinaus erforderlich wird, wird sich die Stadt Neubrandenburg nicht verschließen, sondern nach Kräften helfen, die Menschen aufzunehmen. Neubrandenburg war, ist und bleibt eine bunte Stadt!